



In Freiburg leben 86 Pauschalbesteuerte. Nebst der Stadt Freiburg sind Dörfer wie Crésuz (Bild) am meisten betroffen. Bild Vincent Murith/a

# Freiburger billigen Pauschalsteuer

Noch ein bisschen deutlicher als das Schweizer **Stimmvolk** hat sich der Kanton Freiburg für die Beibehaltung der Pauschalsteuer ausgesprochen. Enttäuscht ist nur das linke Lager.

URS HAENNI

Die Stimmbürger des Kantons Freiburg wollen die Pauschalbesteuerung für Ausländer ohne Erwerbseinkommen in der Schweiz beibehalten. Mit 64,0 Prozent lag die Ablehnung der Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer noch über dem schweizerischen Schnitt von 59,2 Prozent. Sämtliche Bezirke verwarfen die Vorlage. Mit 40,9 Prozent fand das Anliegen im Sensebezirk am meisten Unterstützung, gefolgt vom Saane- und Seebezirk. In keiner einzigen Freiburger Gemeinde fand sich eine Ja-Mehrheit.

## Finanzausgleich als Faktor

«Sehr zufrieden» über das freiburgische wie auch über das nationale Nein zeigte sich der Freiburger CVP-Finanzdi-

rektor Georges Godel. Dies in seinem persönlichen Namen, wie er betonte, denn die Freiburger Regierung hatte zur Vorlage ja keine Abstimmungsempfehlung herausgegeben. Godel sah zwei Gründe für das Nein zur Initiative: Zum einen haben seiner Ansicht nach die Bürger verstanden, dass jeder verlorene Steuerfranken einen Rückgang der Leistungen bedeute; zum andern würde Freiburg im nationalen Finanzausgleich verlieren, wenn in der Waadt oder in Genf Einnahmen aus der Pauschalsteuer verloren gingen.

## «Zeichen der Solidarität»

FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois rief in Erinnerung, dass gesamtschweizerisch eine Milliarde Franken auf dem Spiel gestanden sei und dass das Stimmvolk die negativen

wirtschaftlichen Folgen im Falle einer Annahme der Initiative verstanden habe. Er selber habe nicht erwartet, dass das Votum des Stimmvolks so deutlich ausfalle.

Einen ähnlichen Tenor schlug CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach an, die im Freiburger Nein-Komitee zur Initiative mitmachte. Sie ist sich zwar bewusst, dass die Pauschalsteuer für die verschiedenen Gemeinden und Kantone eine unterschiedliche Gewichtung habe, das letztlich recht klare Resultat ist für sie aber auch eine Botschaft der Solidarität. Es gebe Kantone, die mehr auf die Pauschalsteuer angewiesen seien, und im Falle von Freiburg habe wohl die Nähe zur Genferseeregion mitgespielt.

Auf der Verliererseite stand gestern das linke Lager. Die

Murtner SP-Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel sagte, sie hätte auf einen grösseren Ja-Anteil gehofft. Man hätte mit mehr Ja-Stimmen ein deutlicheres Zeichen setzen können, dass die Schweizer Bevölkerung Steuerprivilegien nicht länger toleriere. Sie habe von vielen Leuten gehört, dass diese in der Pauschalsteuer eine Ungerechtigkeit verspüren.

## «Die Angst überwog»

So aber hätte wohl bei vielen Stimmbürgern die Hoffnung überwogen, selber einmal auf der Gewinnerseite zu stehen, oder aber die Angst, man müsse höhere Steuern bezahlen, meinte Schneider Schüttel. Für die SP-Nationalrätin war mitentscheidend, dass die Gegner die Initiative mit beträchtlichen Mitteln und mit Angstmacherei bekämpft hätten.